

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungliste

Gegenrevolution angekündigt!

Dieser Tage ist das Haupt des Kabinetts der Barone in München gewesen. Es sollte dies nur eine „offizielle Staatsvisite“ sein. Es ist jedoch bedeutend mehr geworden. Der Herr von Papen hat das Ministerium, den Oberbürgermeister und eine Vertreterversammlung der bayerischen Industriellen besucht. Bei jeder dieser Gelegenheiten hat der Besucher aus Berlin sein hochstrebendes Herz tüchtig entlastet. Mit unbezahlbarer Offenheit hat er die hohen Ziele der derzeitigen Reichsregierung kund und zu wissen getan. Er hat ganz unmißverständlich die Reform der Reichsverfassung und noch manches andre angekündigt.

Mit „Reform“ ist das Angekündigte nun allerdings ganz unzulänglich bezeichnet; aber die jetzt geltende Pressefreiheit läßt es geraten erscheinen, die paßliche Bezeichnung zu unterlassen. Überdies wird ja jedermann leicht verstehen, was geplant ist, wenn wir ein paar Sätze aus der Münchener Verlautbarung des Herrn von Papen wiedergeben. Er erklärte, daß er den Weg verfolge, „das Reich in seiner alten Herrlichkeit wieder herzustellen“. Der Zweite Teil der Verfassung solle nicht angetastet werden, woraus zu schließen ist, daß der Erste Teil geändert werden soll. Und dieser Teil enthält die Bestimmungen über die Staatsform und Staatsgewalt, die Befugnisse des Reichspräsidenten, die Verfassungsänderung, den Reichshaushalt, kurz die Sätze über die Grundlage des Reichs. Der Herr Reichskanzler war auch freundlich genug, gleich zu sagen, wie derjenige zu behandeln sei, der nicht feste an der Wiederherstellung des alten Reichs der Herrlichkeit mitwirke:

„Wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des Volkes.“

Das heißt nichts anderes, als daß derjenige ein Feind des Volkes ist, der nicht mitwirkt, daß dem Volke seine jetzigen Rechte und Freiheiten verkürzt und genommen werden. Die etwas reichliche Kühnheit des adligen Redners braucht nicht glossiert zu werden, weil er seine Geschichte von dem Feind des Volkes ganz ernst meint — denn für ihn ist das Volk er und seine Standesgenossen, das ist jener Menschenhaufen, der im Reichstag über nicht einmal 8 vH der Stimmen verfügt.

Etwas weniger wichtig, aber eher noch interessanter war, wie der Herr Reichskanzler in München seine Auffassung über die „Wohlfahrtsanstalt“ berichtete. Er meinte, die heftig angefochtene Sache sei besser „Versorgungsanstalt“ zu buchstabieren. Und diese erläuterte er nun folgendermaßen:

„Die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts hat in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der sittlichen Pflicht entlastet, zu allererst, und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen... Der Sinn der Sozialgesetzgebung muß sein, diejenigen Stellen, denen die Sorge für die wirtschaftlich Schwachen obliegt, zunächst instand zu setzen, für sie zu sorgen. Der Marxismus habe die Wirtschaft planmäßig durch untragbare Lasten zerrüttet und sei der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen. An die Stelle des marxistischen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge für jeden Bürger setzen wir den einer wahren christlichen Volksgemeinschaft.“

Wenn wir die hochweisen Auslassungen richtig deuten, dann sei durch die Sozialgesetzgebung der deutsche Arbeiter dermaßen gut gestellt worden, daß er keine Hilfe von anderer Seite brauchte — oder aber, die Sozialgesetzgebung habe die guten Unternehmer gehindert, ihrem Drang zu folgen, den in Not geratenen Arbeiter zu helfen. Wenn diese unsre Deutung nicht falsch ist, dann glauben wir sagen zu müssen, daß selbst die ungekürzten sozialen Unterstützungen knapp dazu langten, den Empfänger über die alleräußerste Bedrängnis hinwegzuhelfen. Zum andern war es dem Unternehmer nie verwehrt, an seinen Leuten Gutes zu tun. Doch davon hat man nur Jubiläumsselten etwas gemerkt. Vielmehr haben die Unternehmer den Notfall der Arbeiter häufig zu Entlassungen benutzt, den von einer Notlage zur Arbeit zurückkehrenden Mann auf geringere Bezahlung gesetzt, und sehr oft haben die Unternehmer die staatliche Fürsorge zu ihrem ureigensten Nutzen mißbraucht, indem sie ihren Betrieb schlossen und die Sorge für die brotlosen Leute dem Staate überließen. Diese weithin bekannten Tatsachen scheinen sich noch nicht im Herrenklub herumgesprochen zu haben.

Ehenso weisen sind die Behauptungen des Herrn von Papen, der Marxismus habe die Wirtschaft planmäßig zerrüttet. Wenn das der Fall wäre, dann müßte beispielsweise in den Vereinigten Staaten, wo es bestimmt keinen Marxismus gibt, die Wirtschaft in voller Blüte sein. Daß es dort mit ihr um keinen Deut besser steht als in Deutschland, weiß jedes Kind. Im übrigen will es uns dünken, daß die Phrase von dem übeltäterischen Marxismus reichlich verschliffen ist, so daß es wahrhaftig an der Zeit wäre, eine neue Phrase gegen die sozialistische Arbeiterschaft auszutüfteln, über die sich nicht gleich die Lachmuskeln bewegen.

Mit dem abgenagten Knochen der übertriebenen sozialen Fürsorge für die Arbeiter und dem bösen Marxismus soll, was hier gar nicht betont zu werden

braucht, nur über die Tatsache hinweggefuchelt werden, daß die Regierung den alten Obrigkeitsstaat wieder will. Die arbeitenden Schichten sollen wieder wie einst ganz unter die Fuchtel der Herrschaft gedrückt und anstatt des gesetzlichen Rechts auf Fürsorge ihnen die Gnade des Almosen beschert werden. Wer dafür nicht feste mitkämpft, der ist nach dem Herrn von Papen ein — Feind des Volkes. Bei dieser Erklärung hat, wie berichtet wird, die zuhörende Unternehmerschaft sehr laut Beifall gespendet. Verständlich genug. Ein paar Milliarden sind der Unternehmerschaft im September notverordnet worden, und noch mehr goldige Geschenke winken durch den neuen Plan des Herrn von Papen. Ein Dienst ist des andern wert.

Es will einen indes schier bedünken, daß die Vertreter des Unternehmertums etwas voreilig mit ihrem Beifall gewesen seien. Es dürfte wohl auch ihnen möglich sein zu erfassen, daß ihr Heil nicht gerade von dem politischen Plan des Herrn von Papen kommt, sondern eher von der Erfüllung seiner Prophezeiung, die Wirtschaft in Blüte zu bringen. Und gerade darin hat

sich seit der Regierung der Barone noch nichts gebessert. Die gewiß sehr mächtige Regierung kann sicherlich viel erreichen, ob sie aber eine neue Wirtschaftsblüte zu erreichen vermag, muß abgewartet werden. Es steht zu befürchten, daß die Münchener Beklatscherei noch manchmal übel aufstoßen wird. Doch ist das nicht unsere Sache.

Wie der erstrebte Obrigkeitsstaat im einzelnen beschaffen sein soll, wird man bald erfahren. Ein Entwurf soll dem neuen Reichstag vorgelegt werden. Das heißt nichts anderes, als daß die zu München angekündigte Gegenrevolution in Vorbereitung ist und vom nächsten Reichstag vollzogen werden soll. Die Arbeiterschaft weiß also, was ihr blüht und welche Bedeutung der nächste Reichstag für sie hat.

Bringt die Wahl am 6. November der Reaktion einen Erfolg, dann kann sich die Arbeiterschaft gratulieren. Den ganzen Schrecken der Vorkriegszeit wird sie dann aufs neue zu spüren bekommen. Sie wird das an Händen und Füßen gefesselte Lasttier einer bankrotten Herrschaft sein. Dieser Drangsal muß vorgebeugt werden. Jedem Proletarier und jeder Proletarierin ist einzubleuen, um was es sich für sie am 6. November handelt. Und sie können die Drangsal nur verhindern, indem sie für die Sozialdemokratie stimmen. Das kann nicht deutlich und oft genug gesagt werden.

Kein Zurückweichen der Gewerkschaften

Am 7. Oktober trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen.

Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das

bittere Unrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

Murkserei der Bürokratie

Wir Deutsche sind heimgesucht von einer vieltausendköpfigen Bürokratie. Sie kostet jahraus, jahrein Hunderte von Millionen Mark. Ob übler Tag, ob heiterer Sonnenschein, sie frißt immer mehr vom Tisch der Steuerzahler. Sie frißt dann besonders viel, wenn es den Deutschen besonders schlecht geht.

Das ist schlimm. Noch schlimmer aber ist es, daß die Bürokratie sich auch betätigt, und nicht zu knapp. Sie tut so, als ob sie was Nützliches täte. Dies besteht darin, daß sie ihre Ernährer, die Bürger, von der Wiege bis zum Grabe verwaltet. Zu diesem Behufe verfertigt sie massenhaft Gesetze, Durchführungsgesetze, Richtlinien und Erläuterungen, dies alles muß natürlich erdittelt, entworfen, beschlossen, gedeutet, gebucht, geordnet, dann den Opfern bekanntgemacht und aufgehalst werden. Und schließlich sind vor allem muß die Bürokratie dafür sorgen, daß ihre Absonderungen beachtet, befolgt und, wenn nicht, gebüßt werden.

Der Bürger, der die unerhörten Unterhaltungskosten der Bürokratie erarbeiten muß, trachtet, sich möglichst weit von ihren Absonderungen zu placieren. Täte er das nicht, er fände keine Zeit mehr, seinen Lebensunterhalt und die Steuern zu erschanzen. Zum andern müßte er sich ein paar Leute halten, die aufpassen, daß er nicht an der bürokratischen Schmiere hängen bleibt. Leider gelingt das nicht immer. Denn die Bürokratie wacht mit Argusaugen, daß ihre Ausscheidungen nicht umgangen werden.

Der Bürger fängt zu kotzen an, wenn er mit den Erzeugnissen der Bürokratie in Berührung kommt. Wer das bestreitet, der frage einmal einen kleinen Bauer, welche Gefühle er hat, wenn er nur die Erläuterungen des Steuerzettels liest. Oder wie es dem Invaliden zu Mute wird, wenn er seine Rente zu beantragen hat. Oder wie dem Wohlfahrtsverwerbslosen der Magen im Unordnung gerät, wenn er die Fragen nach seiner Bedürftigkeit beantwortet.

Die Gesetze, Richtlinien, Erläuterungen usw. bilden einen solch höllischen Wirrwarr von Vieldeutigkeiten, daß sich selbst Fachleute nicht auskennen. Unsere Sozialversicherung ist ein abschreckendes Beispiel dafür. In ihrer Paragraphenwüste weiß niemand mehr aus noch ein. Eine Unzahl von Rechtsanwälten, Arbeitersekretären, Syndici, Winkeladvokaten, Gerichten, Ämtern und Ausschüssen ist ständig mit der Entscheidung und Deutung des Paragraphenwulstes beschäftigt. Eine Auskunft stümmelt selten mit der andern überein; eine Gerichtsentscheidung widerspricht der andern. Ein Grauen

erfaßt einen, wenn man herausfinden soll, was eigentlich Recht ist. Aus diesem Wirrwarr wächst die Macht der Bürokratie. Ein Abscheu überkommt dem armen Teufel, der sich gegen die Erzeugnisse der Bürokratie durchsetzen will. Der Abscheu wird zum Kotzen, wenn der arme Teufel daran denkt, daß er schließlich alles mit seinem kargen Lohn zu bezahlen hat.

Und es wird immer schlimmer mit der Murkserei der Bürokratie. Sie ist immer weniger imstande, sich klar auszudrücken, was sie eigentlich will. Als Beweis hierfür sei statt vieler Beispiele die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ angeführt. Sie ist ein Meisterwerk sprachlicher Unfähigkeit oder Vieldeutigkeit. Dies sei, so wird in Zuschriften an uns behauptet, darauf zurückzuführen, daß die Bürokratie des Arbeitsministeriums den Tarif- und Lohnvertragsgedanken durch sprachliche Vieldeutigkeit den Garau machen wolle. Man kann freilich auch der Meinung sein, daß es im Arbeitsministerium keinen Mann mehr gibt, der ein paar klare deutsche Sätze hintereinander zu schreiben vermag. Wie dem nun auch sei, die Paragraphenschleierei hat im Arbeitsministerium, wo sie ja immer hoch im Schwange war, den Gipfel erreicht.

In einer anderen Zuschrift an uns wird der Versuch unternommen, das Berechnungsverfahren der genannten Verordnung seines Wortschwulstes zu entkleiden. Ob dies gelungen ist, wagen wir selbst nicht zu entscheiden. Es heißt in der Zuschrift:

„Noch verhältnismäßig klar liegen die Dinge bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden, wo bei einer entsprechenden Mehreinstellung von Arbeitskräften die „Berechtigung“ zu einem bestimmten prozentualen Lohnabzug für die 31. bis 40. Stunde gegeben ist.“

Verwickelter sind jedoch die Bestimmungen des § 4 der Verordnung, die das Verfahren bei mehr als 40stündiger Arbeitszeit im Mittel der Monate Juni, Juli und August regeln. Es heißt dort, daß sich die Bemessungsgrundlage berechnet nach dem

Aus dem Inhalt

	Seite
Gegenrevolution angekündigt! — Kein Zurückweichen der Gewerkschaften — Murkserei der Bürokratie	253
Der Lohnabbau bei den Hüttenleuten — Die aufbauwilligen Kräfte	254
Frau und Reichstagswahl — Stahlbad Anno 17	255
Der Lohnraub im Alexanderwerk mißlungen — Wordet aktiv!	256
So gehts dem belgischen Arbeiter — Die Uhrenindustrie in Rußland	257
Schweißverfahren im kleinen Betrieb — Schriftenschan	258

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Paeckelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Ich gleite mit Kilb in einen großen Trichter hinein. Am Rande liegt ein Toter, er muß erst vor kurzem erstarrt sein. Seine Hände liegen graulich auf einer schrecklichen Brustwunde, in der Rechten hält er ein blutverschmiertes Verbandpäckchen umkrampft. Er ist nicht mehr dazu gekommen, sein verrinnendes Leben mit dieser elenden Mullbinde zurückzuhalten. Er liegt mit dem Kopf weit über den Rand seines Tornisters zurückgebeugt, als sei ihm das Genick gebrochen. Der Mund steht offen, Speichel hängt heraus, — vielleicht schrie er noch vor kurzem. Das Gesicht ist jung, es wird einer von unserem Jahrgang sein. Ich will hastig weiterkriechen, da sehe ich, wie Kilb zurückbleibt und ihm mit der Hand über das wachsbliche Gesicht fährt: er drückt ihm die weitaufgerissenen Augen, in die der Regen erbarmungslos hineinrannt, zu. Jetzt wieder dicht neben mir, murmelt er: „Ich konnt' d.s nicht mit ansehen... wie... er... mich ansah... er... er hatte Ähnlichkeit mit meinem Bruder Alwin...“

Er hat noch den Mund offen, als wollte er noch mehr sagen, da — bricht es plötzlich vor uns los.

Heulend, kreischend und zischend rast vor uns das Sperrfeuer... Wir haben keine Abschüsse gehört, unvorbereitet prallen wir vor der ersten Salve zurück... fassen unwillkürlich an den Helm, werfen uns in den nächsten Trichter, das Gesicht in den Lehm vergraben; nur nichts sehen, nur nichts hören... Etwa zwanzig Schritte vor uns sind die Granaten eingehauen, Dreck und Wasser spritzen auf uns nieder. Meine Glieder sind wie gelähmt, ich will aufspringen, aber ich kann kein Glied bewegen... „Vorwärts!“ höre ich die Stimme des Gefreiten, sie ist plötzlich laut kreischend, „raus! Nach links... Sprung auf, marsch marsch...“ Ich nehme alle Kräfte zusammen und reiße mich hoch, stolpere nach vorne... Und jetzt beginnt der höllische Tanz...

In gerader Linie rauschen die Schlammfontänen vor uns auf. In Lagen zu fünf und sechs krepieren die 7,5er der französischen Artillerie, immer neue Salven fauchen heran, zerreißen uns das Gehör. Die Erde brüllt auf, bäumt sich unter den eisernen Schlägen, zuckt und bebzt. Wir liegen platt in den Trichtern, niemand wagt rauszukommen aus der armseligen Deckung. Da müssen wir hindurch!

Da... müssen wir hindurch!... schreckt es in mir auf, nimmt mir den Atem, würgt es im Halse. Klatschend saust ein handgroßer, scharfkantiger Splitter vor mir in die aufspritzende Erde, ein kleines Stück noch weiterhüpfend, als wollte eine teuflische Macht ihn mir in der letzten Sekunde der Bewegung noch in das Fleisch schleudern.

Egal... weiter... weiter... Aus einem Trichter erhebt sich der Magdeburger, grinst mich an, den Stahlhelm weit im Genick, sieht dann wieder weg; er hat das Gewehr umgehängt, geht mit schlenkernden Armen...

Ich höre eine schreiende Stimme hinter mir, sie erstirbt wieder, heult dann wieder auf, verfolgt uns: „Mutter... Mutter... Mutter!“ Was ist das für ein Wort? Ich fasse den Sinn nicht mehr, ich weiß nur, daß es etwas ganz, ganz Fernes ist, ein unwiderstehliches Wunder, ein Märchen aus einer anderen Welt: Mutter...

Links und rechts erheben sich die grauen Schatten, sinken wieder ein, taumeln hoch, verstreut über das weite, weite Feld des Todes... Manchmal flackern Stimmen auf, aber ich verstehe keine Worte mehr, alles, alles ist mir fremd geworden...

Wir kriechen über Leichen hinweg; wir wissen nicht mehr, ob sie schon vor Tagen oder eben erst erkaltet sind, — wir können keine Gesichter mehr erkennen. Sie sehen sich alle ähnlich, nur die Stellungen, in denen sie erstarrt sind, sind verschieden: einige liegen auf dem Bauch, einige auf der Seite, einer kniet und nur sein Kopf ist vornübergeunken und seine Hände sind im Schlamm vergraben, als kratze er nach seinem in die Erde verströmten Leben... Manchmal sehe ich auch nur Teile eines Körpers... eine Hand, die sich in den Himmel spreizt, — einen schlammverkrusteten Stiefel an einem blutüberlieferten Bein... dort liegt, halb im Wasser, ein Oberkörper, das Gesicht ist nicht zu sehen, der Stahlhelm hat es, wie um uns den Anblick zu entziehen, verdeckt, ich sehe nur ein blutüberliefertes Ohr, wie lauschend hingehalten...

Ich hole Gestalten ein, höre Stimmen: Wir sind durch den Laufgraben in die Stellung gekommen...

Wer ist denn „wir“? — Wer ist dort hinter mir liegengeblieben? Ich weiß es nicht... ich weiß es nicht... „Welches Regiment?“, höre ich eine fremde Stimme. Fragt sie mich? Ein Mensch mit einem struppigen Gesicht taucht vor mir aus einem Loch in der Wand, rüttelt mich: „He, Kamerad, woher kommt ihr... Woher ich komme? Ich weiß es nicht... von dort hinten, ja, von dort hinten, wo die Hölle tobt...“

Bleierne Müdigkeit fällt mich an. Jemand zieht mich nieder... ich sehe durch halb geöffnete Augenlider eine Kerze blaken, weiß mit einem Male, daß hier der Unterstand sein muß, fühle Stroh unter mir, rolle mich zusammen und bin von allen Fragen erlöst.

Ich werde hochgerissen, stoße heftig mit dem noch schmerzenden Kopf an etwas Hartes. „Handgranaten!“, schreit jemand, „alles raus!“ Jemand hängt mir den Handgranatenbeutel um, stülpt mir den Stahlhelm über. Ich blicke mich, noch halb im Schlaf, um: Im Unterstand ist großes Gewühl. „Die Halunken“, brüllt einer, „sie kommen schon wieder.“ Vor mir steht ein großer Mann mit einem langen Bart. Im Kerzenschein sehe ich auf Augenblicke große, gütige Augen. „Sie greifen an, mein Junge“, sagt er mit einer dunkeldröhnenden Stimme, „mach dich fertig.“ Mein Junge?... Mein Junge... denke ich nur. Mir ist, als habe Preuß gesprochen, an den ich plötzlich denken muß. Ich werde Stufen hochgedrängt, dann stehe ich draußen, einen Augenblick geblendet: Leuchtkugeln gehen dicht vor mir zischend in der aufgekommene Dämmerung hoch. Ich stolpere vorgestoßen an die Grabenwand, fühle meinen Herzschlag bis in den Hals hinauf. Rechts steht der Vollbärtige, reicht mir mit einer hastigen Bewegung mein Gewehr, das vollständig verschlamm ist, so daß ich eilig den Lehm vom Schloß kratze.

Ich starre nach vorne in das Gelände, über uns fauchen dicht einbrechende die Granaten der eigenen Artillerie, pflügen das Zwischengelände um. Im Drahtverhau erkenne ich undeutlich dunkle, breite Flecken: Tote von den letzten Angriffen, von denen uns der zerfetzte Gefreite in der Anmarschschlucht erzählt hatte. Aber kein Angreifer ist zu sehen. Ich lege die Handgranaten neben mich in einen Einschnitt.

Rechts bellt ein Maschinengewehr. Ich blicke kurz nach rechts und links, denke an Kilb. Er ist nicht zu sehen, so daß ich tief erschreckt: ist er hinten liegen geblieben?... ich habe ihn so lange nicht gesehen... Ich mache eine ruckartige Bewegung, will den Graben entlanglaufen. Der Alte zieht mich zurück, preßt mich gegen die schlammige Böschung. Ganz dicht an meinem Ohr schreit er: „Hierbleiben... bei mir... hier ist dein Posten.“ Ich habe instinktives Vertrauen zu dieser Stimme, will mein Gewehr laden und merke, daß die Kammer noch gefüllt ist.

Rasend dockt uns ein Feuerüberfall nach dem anderen ein. Splitter umheulen uns. Ich fasse nach meinem Spaten, will mich tief in die Wand eingraben, das Gewehr entgleitet mir, ich hücke mich, über mir kracht es furchtbar, Erdklumpen werfen mich in den Schlamm.

Und wieder und wieder gehen die blendenden Leuchtkugeln hoch, erhellen das Gelände vor uns, fordern das eigene Sperrfeuer an. Jetzt stehe ich ruhig an meinem Platz.

Ich fühle, wie meine Zähne fest aufeinanderknirschen und drücke mechanisch ab, fühle den Ruck des Abschusses gegen meine Schulter, öffne das Schloß, schließe es, drücke ab... alles wie auf dem Exerzierplatz... ja... natürlich... hier ist die Front... für diesen Zweck haben wir von dir gelernt, Schinder... Schloß auf... Schloß zu... krach... Schloß auf... Schloß zu... vor uns wird angegriffen... wir sehen zwar niemand... aber alles schießt, auch du mußt schießen... wohin? Schloß zu... krach... ich kann schießen, wohin ich will... krach... Ich schieße in den grauen stinkenden Himmel...

Es ist wieder Nacht geworden; die zweite Nacht an der Westfront... Immer noch stehen wir in den Gräben... es war nur ein schwacher Vorstoß; aber neue Angriffe werden erwartet. Wir kommen nicht zur Ruhe.

Ich liege im Schlamm der Böschung eingebettet, ungeheure Müdigkeit fließt dick durch mein Blut... ich kann die Augen nicht mehr offen halten. Der Kompanieführer geht von Mann zu Mann: „Die Posten nicht verlassen... sie wollen durchbrechen...“ Bei mir bleibt er einen Augenblick länger stehen: „Heute gekommen, ja?“ Ich will mich umsehen, er drückt mir das Gesicht wieder nach vorne, seine Stimme ist hart und unangenehm. „Name?“ Name? denke ich und weiß wahrhaftig nicht darauf zu antworten. Ist es die grauenhafte Müdigkeit, die alle Erinnerung ausgelöscht hat? Wieder, jetzt dicht an meinem Ohr, barsch: „Wie heißt du, Grenadier?“

Ist dir das kleine Feuerwerk nicht gut bekommen?“

Er stößt mich in den Rücken, „los, wie heißt du?“ Bei jeder Silbe, die ich herauswürge, zuckt es durch meinen angeschwollenen Mund: „Gre-na-dier Riß... Herr... Herr...“ „Hauptmann...“, vollendet die Stimme und entfernt sich nach links. — Wie lächerlich... denke ich noch schwerfällig, was sollen hier... noch... Namen?

Die Artillerie beider Fronten schweigt. Es regnet nicht mehr. Mein Mantel, mein Verband um den Kopf, die Erde der Böschung und unter meinen Füßen — alles knirscht unter dem Frost plötzlich hereinbrechender Kälte. Sterne blitzen kristallen über unseren Helmen auf, ziehende Wolken lassen sekundenlang den Vollmond über dem Schlachtfeld aufglimmen...

„Zwei Tote und neun Verwundete hat die Schweinerei wieder gekostet...“, der Vollbärtige mit der monotonen Stimme steht neben mir. Er setzt mir seine Feldflasche an den Mund: „Hier, sauf, mein Kleiner“, der Schnaps sticht in der Kehle, rinnt heiß durch den Schlund. Ich sehe ihn an, unwillkürlich formt sich ein Wort: „Kamerad...“ Er könnte mein Vater sein. Er schlägt mich kurz auf die Schulter: „Morgen werden wir vielleicht schon abgelöst... vielleicht... ich sollte gestern schon nach hinten...“, er geht mit knirschendem Schritt an seinen Platz.

„Zwei Tote und — neun — Verwundete“, wiederhole ich; nur langsam geht mir die entsetzliche Wahrheit ein. Verwesung weht durch den Graben... hinter uns, vor uns, zwischen uns faulen Leichen, die niemand in die Erde scharren kann...

Im Hintergelände schreien sie auf... langgezogen... flehend... brüllend...

„Sa-ni-tä-ter! Sa-ni-tä-ter!“

Wie lange mögen sie schon um Hilfe schreien? Und eine zerbrochene, aufschluchzende Stimme dazwischen: „Mu-u-t-t-e-r!“ Oh, diese entsetzlichen ersten Nächte an der Front!

Wer wird es sein, der seine Todesangst und seine Schmerzen mit diesem Wort hinausbrüllt? Ich stehe entnervt, mit zuckenden Knien und eiskalten Händen...

Ich sehe die Mutter des Verwundeten aufrecht in ihrem Bett sitzen... derselbe kalte Mond wird in ihr Zimmer scheinen... ich sehe alles, lauschend den Kopf in die Finsternis tauchend... die schreckensweiten Augen der Mutter... ein furchtbarer Traum vom Sterben ihres Sohnes hat sie hochgerissen... ich denke an die Zeichen, die der Tod fern den Angehörigen über tausende Kilometer hinweg gibt: herunterfallende Bilder, letztes ersterbendes Ticken einer Uhr, dann bleibt sie stehen... ein Schrei hallt herüber nach den Blutfeldern des Krieges: „Mein Sohn... mein armer, lieber Sohn... wo bist du?“... Letztes verrohendes Schreien, erstickt im Schlamm: „Mutter... liebe, liebe Mutter...“

Ich kann es nicht mehr ertragen... Und wenn sie mich an den Pfahl binden und erschießen, ich kann... ich kann dieses flehende Rufen nicht mehr hören, ohne zu wissen, wer es ist. Es ist einer von unserem Ersatz... der Gedanke stößt mich von der Böschung fort. (Wird fortgesetzt.)

Frau und Reichstagswahl

Am 6. November wird das Volk erneut zur Reichstagswahl aufgerufen. Mitten in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not soll es seinen Willen bekunden, welcher Partei, welcher politischen Führung es sein Vertrauen schenkt. Auch die Frauen haben die Pflicht, nicht zurückzustehen, sondern am Schicksal des Volkes mitzuwirken, indem sie erneut ihr Treuegelöbnis für den Sozialismus ablegen.

Nicht nur das Schicksal von Millionen Erwachsenen, sondern auch das Schicksal von ungezählten Kindern und Jugendlichen hängt vom Ausfall dieser Wahl ab. Gerade in unseren Tagen hat der Kongreß für Kleinkindererziehung selbst dem politisch Gleichgültigsten gezeigt, wie ungeheuerlich groß die Not in den Familien ist, wie Arbeitslosigkeit, Unterstützungsabbau, Einschränkungen auf den Gebieten der Wohlfahrt und der sozialen Fürsorge verheerend auf Gesundheit und geistige Entwicklung der Kleinkinder und der Heranwachsenden wirken. Denn das Leben der Millionen, die heute ver-

allem die Mütter davon zu überzeugen, daß erst dann eine Besserung in den Familien eintreten könne, wenn die Frau auf jede Berufstätigkeit und nicht zuletzt auch auf die Tätigkeit in den Parlamenten und in anderen öffentlichen Stellen verzichtet. Leider sind vielfach die Frauen zu wenig politisch geschult, um den wahren Sinn dieser Propaganda gegen die Frauenarbeit zu durchschauen. Sie wissen nicht, wieviel gerade die Frauen und Mütter dem parlamentarischen Wirken der Frauen zu verdanken haben. Wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß Gesetze, wie das große Jugendwohlfahrtsgesetz, das Jugendgerichtsgesetz, die Reform des § 218 und das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, nur zu einer Zeit verabschiedet werden konnten, als von politischem Rückschlag noch nichts zu spüren war. Und wir dürfen niemals vergessen, was wir gerade in unseren Tagen erneut erlebt haben, daß es nämlich keine Frauenfrage gibt, die nicht teil hätte an dem großen, allgemeinen, sozialen und wirtschaftlichen Problem der gesamten Arbeiterschaft.

Nur dann können wir Frauen und Mütter auf die Erfüllung unserer Forderungen rechnen, wenn die Gewerkschaften und die Partei genügend Macht und genügend Mittel haben, um diese Forderungen gegen den Willen der reaktionären Parteien in die Tat umzusetzen. Was also kann allein Sinn und Zweck dieser Reichstagswahl sein? Die Antwort liegt auf der Hand: Wir müssen für die Gewerkschaften und für die Partei die ihnen noch fehlenden Machtmittel erobern, indem wir unermüdet für die Ideen des Sozialismus werben, wo uns nur eine Gelegenheit dazu offen steht. Oft genügt eine Frage, ein Hinweis, um Interesse zu wecken; oft bedarf es nur weniger sachlicher Erklärungen, um andere zum Nachdenken zu veranlassen und ihr politisches Verantwortungsgefühl zu wecken. Diese Aktivität, zu der die Eiserne Front alle Frauen aufruft, braucht keineswegs mit dem Stehen an sichtbarer Stelle verbunden zu sein oder mit der Propaganda der Versammlungen. Auch die Hausfrau kann tätig sein und der Freiheit von Millionen zum Ziel verhelfen, wenn sie sich täglich in der Erziehung ihrer Kinder und im Zusammenleben mit dem Manne dieser Aufgabe bewußt ist und wenn sie im Gespräch von Frau zu Frau für den Sozialismus wirbt.

Der Sozialismus hat seit einem halben Jahrhundert trotz größter Hindernisse ein großes Werk zum Schutz der arbeitenden Menschen aufgebaut. Im Kapital von Karl Marx können wir nachlesen, wie Männer, Frauen, Mütter und Kinder 14, 16, 18 und mehr Stunden in den Fabriken für Löhne, die unter dem Existenzminimum lagen, arbeiten mußten. Es gehörte nicht zu den Seltenheiten, daß Frauen und Kinder nachts in den Fabriken auf dem Fußboden schliefen oder daß sie Nacharbeit verrichteten. Die schwangere Arbeiterin war recht- und schutzlos, sie konnte jederzeit entlassen werden, ohne daß ihr irgendein Recht auf Unterstützung für sich oder das Kind zustand. Erst der Sozialismus hat hier eingegriffen, um die Arbeitsbedingungen der Frau zu sichern, um ihr gesetzliche Schutzmaßnahmen zu sichern und ihr gegen die schwersten Übergriffe der Unternehmer eine Handhabe zu geben.

So darf sich die Sozialdemokratie mit vollem Recht als die Partei der Frauen und Mütter bezeichnen. Und wenn sie sich heute, gestützt auf ihr Aufbauwerk, an alle Frauen wendet und sie aufruft, ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abzugeben, so wird sie gerade heute, wo ihr Werk mehr denn jemals bedroht ist, bei Millionen von Frauen begeisterte Zustimmung finden. Denn nur auf dem Boden des Sozialismus, des Friedens und der Freiheit eines Volkes kann Frauenarbeit gewertet werden, können Mutter- und Kinderschutz eine Heimstätte finden. E. M.



zweifelt um das nackte Leben kämpfen, ist untrennbar verknüpft mit dem Dasein von Millionen von Kindern, die hineingeboren sind in diese Zeit.

Selbst über dem noch ungeborenen Kinde rauschen bereits die schwarzen Schatten dieser Not. Die von der Sozialdemokratie geschaffenen sozialen Einrichtungen zum Schutz und zur Pflege der werdenden Mutter, die Schwangerenfürsorge, die Säuglingsberatungsstellen, die Entbindungsheime — sie alle hat die politische Reaktion mitteillos durch Sparmaßnahmen, die nicht oben an der Spitze, sondern unten beim Proletariat begannen, der notwendigen Mittel beraubt.

Wir alle, die wir den Krieg erlebt haben, wissen aus trauriger Erinnerung heraus von den Kriegskindern zu erzählen, den nervösen, blutarmen, unterernährten Produkten jener Jahre. Die heutige Zeit aber, in der die Reaktion sich auf die Wirtschaftskrise stützt, um die Löhne der Arbeiter noch mehr zu beschneiden, die Unterstützungssätze der Arbeitslosen und der Wohlfahrtsempfänger noch mehr zu kürzen, darf den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß sie einen dem Kriegskind sehr ähnlichen Typ des Kindes prägt. Kein Wunder in Anbetracht des Elends, wie es heute in breiten Schichten vorherrscht.

Die Rechtsparteien, besonders der Nationalsozialismus, versuchen nun, die Frauen und vor



Verbandsleben



Der Lohnraub im Alexanderwerk mißlungen

Vor ein paar Wochen hielt der Generaldirektor des Alexanderwerkes in Remscheid, Hager, vor Metallarbeitern eine große Rede. Er redete über die ethische Grundlage des Unternehmertums und betonte sogar, der Zweck der Arbeit müsse das Gemeinwohl sein. Als wir das lasen, wußten wir, daß die Belegschaft des Alexanderwerkes besonders wachsam sein muß. Einen Profitgenossen, der solche Töne schwingt, dürfen Arbeiter nur vor sich hergehen lassen; besonders muß vor ihm die Lohntüte scharf gesichert werden. Denn immer, wenn solche Töne über Unternehmerethik und Gemeinwohl erklingen, soll ein fettes Geschäftchen gedreht werden.

Das bestätigt eine lange Erfahrung, die von keiner Regel durchbrochen ist. Man erinnere sich nur, wie König Stumm von der hohen Mission des Unternehmers triefte — und es hat schwerlich einen ärgeren Blutsauger gegeben. Man denke an den alten Krupp, von dem das Wort: Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein, stammt. Sein Drang nach Gemeinwohl ging soweit, daß die Arbeiter davor ausreißten mußten.

Daß Stumm und Krupp zahlreiche Nachtreter haben, merkt man jetzt wieder bei der Durchführung der Lohnabbau-Verordnung. Gewiß soll nicht verschwiegen werden, daß sehr viele Unternehmer es unterlassen, sich des höchst zweifelhaften Rechtes des Lohnraubes, das die Verordnung gibt, zu bedienen. Dafür mögen sie verschiedene Gründe haben. Wahrscheinlich auch von der Scham, sich von ausgemergelten Arbeitern dafür bezahlen zu lassen, daß sie sich mehr um ihr Geschäft kümmern. Eine ziemliche Anzahl von Unternehmern besitzen diese Scham jedoch nicht. Sie beklaue abermals die Lohntüte. Daran scheinen die Klaubrüder mehr Eifer zu verwenden als auf die Erzeugung von Waren. Diesen Eifer hat der Widerstand der Belegschaften erfreulich stark gedämpft. Was der Ausstand im Alexanderwerk von Remscheid beweist, das den hier oben erwähnten Büttenredner der Metallkrauter zum Generaldirektor hat.

Über diesen Ausstand wurde hier, weil er für einen Haufen von Lohnquetschern typisch ist, schon zweimal berichtet. Der Ausstand ist beendet, das von der Werksleitung angerufene Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen, die Weigerung der Belegschaft, zu den von der Firma verfügten Bedingungen zu schaukeln, wurde als berechtigt anerkannt. Nach dieser Niederlage der Firma kam es unter Vorsitz des Oberbürgermeisters zu Verhandlungen, die die folgende Vereinbarung ergaben, der die Belegschaft einmütig zustimmte:

1. Die Arbeit wird von der gesamten Belegschaft am 10. Oktober 1932 zur üblichen Zeit wieder aufgenommen, und zwar zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie vor dem Anschlag vom 23. September d. J. bestanden.
2. Die Arbeitszeit wird von 52 Stunden auf 44 Stunden pro Woche gekürzt, mit dem Ziele auf Mehreinstellung von Arbeitern.
3. Maßregelungen finden nicht statt.
4. Die Belegschaft verzichtet auf einen Leistungsanspruch gegen die Firma.
5. Die Klage auf Feststellung der Rechtmäßigkeit in der Anwendung der Notverordnung wird weiter betrieben, um einwandfrei klarzustellen, daß die Firma Anspruch auf Zahlung der Einstellungsprämien hat. Beide Parteien verpflichten sich deshalb zu größtmöglicher Beschleunigung des Klageverfahrens.

Remscheid, den 7. Oktober 1932.

(Unterschriften.)

Sonach ist es diesem Unternehmen nicht geglückt, seine ethische Grundlage mit Lohngruschen zu garnieren. Das hat die Belegschaft verhindert. Es dürfte jede Belegschaft ebenso erfolgreich sein, wenn sie so gut wie die des Alexanderwerkes organisiert und so fest entschlossen ist. Der Belegschaft stand ein tüchtiger Betriebsrat zur Seite. Wo Belegschaft und ihre Vertretung derart zusammenschließen, muß sich der Lohnquetscher vergeblich bemühen, und selbst die KPD und ihre RGO können keine „Siege“ erschieben. Eine wohl zu beherzigende Lehre für die Arbeiter überall.

Werdet aktiv!

Wir durchleben eine Zeit gewaltigster Auseinandersetzungen, von Klassenkämpfen, die auf allen Gebieten ausgetragen werden. Keine Ruhepause ist möglich, weil die wirtschaftliche Not und die Unmöglichkeit, diese Not mit den bisherigen Mitteln der Wirtschaftsführung zu überwinden, immer neue Kämpfe bis zur Entscheidung auslösen muß. Auch die bevorstehende Reichstagswahl hat in der tiefen wirtschaftlichen Zerrüttung ihre letzte Ursache. Je schneller die arbeitenden Massen zu sozialistischer Erkenntnis vordringen und geschlossen gegen die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufstehen, desto schneller wird der Kampf der neuen gegen die alte Zeit entschieden.

Diese notwendige Geschlossenheit mangelt aber noch beträchtlich, nicht zuletzt deshalb, weil in der Arbeiterklasse Uneinigkeit besteht, da die Kommunistische Partei gegen die Gewerkschaften und auch gegen die Sozialdemokratische Partei mit allen nur denkbaren Mitteln arbeitet. Die gewerkschaftlichen Ziele — die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische — können nicht nur im außerparlamentarischen gewerkschaftlichen Kampfe durchgesetzt werden; hinzu kommen noch die politischen Kämpfe um die Macht im Staat, die die Gesetzgebung handhabt. Da die Sozialdemokratische Partei in der Auffassung von Ziel und Weg mit den Gewerkschaften übereinstimmt, ergibt sich für den Gewerkschafter die zwingende Forderung, auch im politischen Kampfe seine gewerkschaftlichen Ziele zu vertreten durch die Sozialdemokratische Partei.

Alles das haben wir uns damit abgefunden, daß die Kommunistische Partei einen nicht unerheblichen Zuwachs erhalten hat und finden dies angesichts der steigenden Not vollkommen erklärlich. Wir haben das Bewußtsein, daß bei wachsender Notlage diese Bewegung wieder rückläufig wird. Diese Annahme beruht auf der Erkenntnis, daß die Menschen ganz allgemein leichter zur Verneinung als zur Bejahung neigen, das verneinende und kritisierende Parteinest besonders in den Zeiten allgemeiner Not großen Zulauf aus der schweigenden Masse heben.

Das tut uns keine Sorgen, denn es hat sich ergeben, daß nicht die Kommunisten die Gewinner sind, sondern das Sauschwein aller Narrenreiter ist der Nationalsozialismus. Aus der absoluten Verneinung ohne positive Konsequenz ist auch der Wechsel von der Kommunistischen Partei zu den Nazis leicht erklärlich.

Nun sind die Nazis überhaupt keine Partei, denn sie haben keine tragenden Ideen, keine Zielsetzung, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung folgerichtig ergibt. In gerader widersprüchlicher Weise finden sich in ihr alle diejenigen zusammen, die nur verneinen, nur kritisieren, nur schimpfen und im Grunde genommen alle etwas anderes wollen. Die Nationalsozialistische

Partei ist ein Zersetzungsprodukt in der furchtbaren Gärung, die das deutsche Volk durcheinanderschüttelt. Jede Klärung muß diese Partei in ihre Bestandteile auflösen, und der Rest bleibt als Bodensatz zurück. Für uns kommt es darauf an, diese Klärung mit allen Mitteln zu fördern, die Verwirrung der Geister zu beseitigen. Daß wir in dieser Beziehung schon das menschenmögliche getan haben, läßt sich nicht ganz bejahen. Vor allen Dingen lassen wir uns zu viel gefallen!

Es gibt heute keine unangenehme Erscheinung, für die nicht die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht werden. Die KPD macht das mit ihrer blöden Beschimpfung der Gewerkschafter als „Sozialfaschisten“, und die Nazis reden von „marxistischer Mißwirtschaft“. Die bankrotten Wirtschaftsführer bemänteln ihre verbrecherische Unfähigkeit mit dem „Marxismus“, obwohl die Marxisten noch niemals in Deutschland herrschten oder die Mehrheit hatten. Jeder einfältige Tropf wiederholt die Redensarten, weil aus seinem Gehirn nicht mehr herausräufelt als es zu fassen vermag.

In holder Eintracht mit den Nazis schreit die KPD jedem Arbeiter, jedem Arbeitslosen täglich und überall ins Gesicht, daß an der Not jedes Menschen nur die „Sozialfaschisten“ schuld seien: die Weltkrise, die Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen, die Notverordnungen von Brüning und von Papen, die sinkenden Löhne, die nicht genügend gesunkenen Preise, der noch bestehende Kapitalismus, die Zunahme der nationalsozialistischen Wählerstimmen usw. — für alles das

Auch du mußt kämpfen!

Auch du trägst die schweren Ketten der Fron,
Auch du kennst den Hunger, die Not,
Auch dir reicht der kärgliche Wochenlohn
Sehr oft kaum zum trockenen Brot.

Auch du bist ein Mensch, den das Kapital
Um die Früchte der Arbeit bringt,
Auch deine Tage sind elend und schal
Und von keiner Freude beschwingt.

Auch du fluchst wie wir der Ausbeuterbrut
Und sehnst dich nach Freiheit und Recht. —
Aber zum Kämpfen — da fehlt dir der Mut,
Du glaubst, das bekäme dir schlecht.

Ich aber sage: ein elender Wicht,
Wer heute noch feige sich drückt
Von einem Kampf, der uns heilige Pflicht,
Und der uns gemeinsam nur glückt.

Ein jeder Einzelne sei sich doch klar,
Woher der Wind heute weht:
Unsere sämtlichen Rechte sind in Gefahr,
Das ist es, worum es geht!

Da brauchen zum Kampfe wir jeden Mann,
Da darf keiner mehr abseits geh'n!
Nur, wenn wir einig sind, aber nur dann,
Werden den Kampf wir bestehn!

SteeG.

sollen die Gewerkschaften und die SPD verantwortlich sein, und nur an ihrem bösen Willen sei die notwendige Besserung der Verhältnisse gescheitert.

Der in tiefster Not versunkene Mensch glaubt gar zu leicht an irgendeinen Schuldigen, und wenn ihm andauernd die Gewerkschaften als die Schuldigen denunziert werden und die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht weit genug vorgeschritten ist, um die Demagogie zu durchschauen, so braucht uns die Verwirrung der Geister nicht zu wunden.

Hiergegen müssen wir aktiv werden. Wir dürfen nicht mehr bei Beschimpfungen der eigenen Gewerkschaften ruhig zuhören, sondern müssen dagegen auftreten. In erster Linie natürlich durch Richtigstellung falscher Behauptungen und durch Aufklärung. Schimpfböden muß man auch zu rechter Zeit einmal über das ungewaschene Mundwerk fahren. Klarzustellen ist überall, daß die Menschen, trotz großem Überfluß an allen Gebrauchs- und Produktionsgütern, bittere Not leiden; daß die Völker bei vollen Scheuern hungern; daß die Ursache unserer gemeinsamen Not in dem kapitalistischen Widerspruch zwischen Erzeugung und Verteilung der Güter liegt; daß die Notwendigkeit von der Zusammenstimmung zwischen Erzeugung und Verteilung von der großen Mehrheit des Volkes erkannt wird und der Wille daraus erwächst, diesen Zustand herbeizuführen.

Wer nichts anderes zu tun weiß, als den „Feind“ in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie zu suchen, stärkt letztere nur die wirklich Schuldigen an der gemeinsamen Not. Deshalb gilt es, höchste Aktivität zu entfalten nach zwei Seiten: keine Duldsamkeit mehr gegen Verleumder und Beschimpfer der Arbeiterbewegung, ganz gleich wer sie auch seien. Höchste Entfaltung aller Kräfte gegen die übermütigen Kroat- und Schlotjunker und ihre Lebensversicherer: die Nationalsozialisten.

Werdet aktiv!

H. Schließfeldt.

Brüder in Not!

Ein Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihn mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Übermenschliches im Ertragen. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten, und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherer sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassenangehörigen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe. Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft. Geht für die Solidaritätshilfe! Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht nutzlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

Hauptansatz für Arbeiterwohlfahrt
Sozialdemokratische Partei - Sozialistische Arbeiterjugend,
Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege,
Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts- und
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Allgemeiner Deutscher
Beamtenbund.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 67 50 — 67 53

Mit Sonntag, dem 23. Oktober, ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Oktober 1932 fällig.

Am 2. Oktober 1932 ist laut Beschluß des 20. ordentlichen Verbandstages das neue Statut in Kraft getreten. Alle Unterstützung beziehenden Mitglieder werden von Beginn der 41. Beitragswoche an nach den Bestimmungen des neuen Statuts angesteuert. Für alle Mitglieder, die von diesem Datum an die für ihre Beitragsklasse oder Beitragsstufe in Frage kommenden Unterstützungen bezogen haben, gilt für die Wiederbezugsberechtigung zurückgerechnet die 92wöchentliche Karenzzeit.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

RGO-Führer als Schwindler

Wegen öffentlicher Beleidigung und bewußter Ehrabschneiderei hatten sich der Führer der RGO in Sachsen, Otto Jäckel aus Dresden, und der Schriftleiter der kommunistischen Sächsischen Arbeiterzeitung, Otto Grosser aus Leipzig, vor dem Amtsgericht in Leipzig zu verantworten. Beide Angeklagten werden beschuldigt, die Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Leipzig, die Kollegen Schäfer und Brumme, ohne jeden Grund in Wort und Schrift beschimpft und verleumdet zu haben.

Im Juli dieses Jahres erschienen in der Sächsischen Arbeiterzeitung mehrere Artikel, die sich mit der Urabstimmung der Leipziger Metallarbeiter beschäftigten. Es wurde in den Artikeln behauptet, die beiden Bevollmächtigten des DMV hätten Wahlfälschungen begangen. Auch wurde die Urabstimmung der Metallarbeiter über Annahme und Ablehnung des Lohnabkommens als ein Gaunertrick der Geschäftsführer Schäfer und Brumme bezeichnet.

Beide Angeklagten bemühten sich gar nicht erst, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Sie gaben zu, daß sie gelogen und verleumdet haben, um den verhassten Gewerkschaftsführern eins auszuwaschen. Der RGO-Führer Jäckel bekannte reumütig, daß er von dem Verbandsstatut der Metallarbeiter keinen blassen Schimmer und daß er noch niemals Einblick in die Leipziger Metallbetriebe genommen hat. Auf ein solch offenes Bekenntnis hin ließen sich die beleidigten Kollegen zu einem Vergleich bewegen.

In dem Vergleich wird zum Ausdruck gebracht, daß die beiden Angeklagten öffentlich erklären, daß die aufgestellten Behauptungen unwahr und erlogen sind. Die Angeklagten übernehmen die gerichtlichen und die außergerichtlichen Kosten der Kläger und sind damit einverstanden, daß der Vergleich auf ihre Kosten in der Sächsischen Arbeiterzeitung und in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht wird.

Der erste Streik im Arbeitsdienst

In Aachen haben etwa 500 Jungarbeiter auf allen Arbeitsstellen die Arbeit niedergelegt. Daraufhin sind sie sämtlich entlassen worden. Den Arbeitsdienstfreiwilligen wurde das Mittagessen unentgeltlich von der Volksküche geliefert. Jetzt will die Stadt für 5 Tage 1,80 M für das Essen vom Lohn, der 10,80 M wöchentlich beträgt, abziehen. Über das Essen wird stark geklagt, ebenso über die Behandlung, die stark an die Zeiten des früheren Kasernenhofs erinnert. Die in Aachen beliebten Methoden sind geeignet, den freiwilligen Arbeitsdienst in Verruf zu bringen.

Jubilare feiern

Am 8. Oktober traten unsere Mitglieder in Celle zusammen, um den Kollegen Wilhelm Gravenhorst, Johann Knüllig und August Stahl für ihre 25jährige Mitgliedschaft und ihre Mitwirkung beim Aufbau der Verwaltungsstelle zu danken. Nach musikalischen und gesanglichen Darbietungen begrüßte der Bevollmächtigte, Kollege Weiß, die Versammlung und besonders die Jubilare. Er sprach ihnen den Dank der Mitgliedschaft aus und überreichte ihnen als Zeichen der Anerkennung das Verbandsdiplom mit Jubiläumsnadel. Auch der Bezirkssekretär, Kollege Tornau, dankte ihnen im Auftrage des Vorstandes und der Bezirksleitung Hannover. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Gravenhorst für die Ehrung und forderte die Jugend auf, im Sinne der Alten weiterzuwirken. Bei Tanz und Unterhaltung blieben die 200 Festteilnehmer noch einige Stunden in frohster Stimmung zusammen.

In unserer Ortsverwaltung Gräfenenthal hat der Kollege Fritz Harnisch sein 25jähriges Verbandsjubiläum begangen. Ihm sei für die unwandelbare Treue zum DMV herzlich gedankt, wozu wir den Wunsch fügen, er möge dem Verband noch lange erhalten bleiben.

Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht. Von Clemens Nörpel und Kurt Gnsko. Die Bedeutung des Arbeiterrechtes ist — nach manchen Beobachtungen zu urteilen — in der Arbeiterklasse nicht genügend bekannt. Die Krise der Republik und des Parlamentarismus ist nicht zuallererst ein Kampf um den Fortbestand der Arbeiterrechte. Millionen Arbeiter wissen nicht, wie jahrzehntelang die Gewerkschaften um das Arbeiterrecht erlitten gekämpft haben. Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Tarifvertrag, Betriebsräterecht, Arbeitsgerichtsbarkeit und manches andere mußte im schwersten Kampfe errungen werden. Dieses Buch will dem denkenden Arbeiter den Wert unseres Arbeitsrechtes begreiflich machen und ihn zum Widerstand gegen die soziale Reaktion aufrufen. Organisationspreis 2,60 M. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S14

Wettbewerb der Lehrer im Kampf gegen den Krieg

Während in allen Ländern trotz Abrüstungskonferenzen in kriegstechnischen Untersuchungsanstalten und Werkstätten emsig gearbeitet wird, um noch wirksamere Mittel der Zerstörung ausfindig zu machen, hat das Internationale Berufssekretariat der Lehrer (IBL) beschlossen, einen Wettbewerb im Kampf gegen den Krieg durchzuführen. Alle, die im weitesten Sinne des Wortes den Lehrberuf ausüben und Mitglieder der dem IBL angehörenden Organisationen sind, werden eingeladen, sich an einem Preisausschreiben (Einsendungsschluß 1. Februar 1933) über: „Wie können wir Lehrer praktisch im Kampf gegen den Krieg mitwirken?“ zu beteiligen. Dieses Preisausschreiben ist auch als Vorbereitung gedacht für die im Jahre 1933 in Amsterdam anberaumte Sommerschule des IBL, die sich mit dem praktischen Kampf gegen den Krieg befassen wird. Die besten Einsendungen (250 Worte deutsch, französisch oder holländisch an das Internationale Berufssekretariat der Lehrer, 18, Route de la Wantzenau, Strassbourg-Robertsau) sollen vor der Sommerschule in Druck erscheinen.

Dieser Gedanke wird vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der dem IBL bereits Preise zur Verfügung gestellt hat, aufs wärmste begrüßt. Heute mehr als je liegt der Schwerpunkt in der Bekämpfung des „kriegerischen Geistes“ und jener „Romantik des Krieges“, mit der neuerdings die Jugend versucht wird. Es gilt, der Jugend zu zeigen, daß die Romantik, mit der man sie für den nächsten Krieg gewinnen will und mit der man sie allein gewinnen kann, die Romantik einer sinnlosen Schlächtereier ist!

Die Lohnsenkungen in Deutschland am ärgsten

Einer Zusammenstellung des Economist zufolge, die sich auf die amtlichen Lohnstatistiken stützt, war das Ausmaß der Lohnsenkung in den europäischen Industrieländern, mit Ausnahme von Deutschland, ziemlich gleichmäßig. Allein Deutschland hat sich durch eine außerordentlich drastische Lohnsenkung ausgezeichnet, und es steht wohl in dieser Hinsicht an der Spitze der Industrieländer.

Die Lohnsenkungen in England waren im Vorjahr ziemlich umfangreich; sie betrafen drei Millionen Arbeiter mit einem Lohnausfall von vier Milliarden Mark. Indessen war diese Lohnsenkung die Folge der Ermäßigung der Lebenshaltungskosten. Die meisten Tarifverträge sehen in England die Anpassung der Löhne an die Änderungen der Lebenshaltungskosten, die dort infolge der sinkenden Weltmarktpreise stark gefallen sind, auf Grund gleitender Lohnskalen vor. Es gibt in England auch solche Tarifverträge, insbesondere in der Eisen- und Stahlindustrie, die die Tariflöhne mit den Verkaufserlösen der Waren in Verbindung bringen. Auch auf dieser Grundlage wurden Lohnsenkungen vorgenommen.

Lohnherabsetzungen dagegen, die mit der Begründung des wirtschaftlichen Tiefstandes erzwungen wurden, kamen 1931 in größerem Umfang nur in der Wollindustrie vor, wo die Akkordlöhne um 11,2 bis 11,7 vH gesenkt wurden. Die Eisenbahnerlöhne wurden um 2,5 vH, in den höher entlohten Gruppen um 5 vH gesenkt, ebenso die Löhne in der Untergrundbahn. Die Löhne der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Buchdrucker, Seeleute, Hafenarbeiter blieben 1931 unverändert. Erst im laufenden Jahr machten die Unternehmer, insbesondere in der Baumwollindustrie, Anstrengungen, um die Löhne erheblich zu senken. Allenfalls haben die Lohnsenkungen seit Anfang 1931 bis Herbst 1932 in England im Durchschnitt weniger als 5 vH der Gesamtlohnsumme betragen.

Die durchschnittlichen Lohnsenkungen in Belgien, wo diese im Kohlenbergbau, im Transportgewerbe, in der Eisen- und Stahl- und Maschinenindustrie usw. vorgenommen wurden, belaufen sich auf 5 vH. In der Eisen- und Stahlindustrie des Saargebiets wurden die Löhne im November 1931 um 6 vH gesenkt. In der nordfranzösischen Textilindustrie wurden sie im Vorjahr um 4 vH, im laufenden Jahr um weitere 10 vH herabgesetzt. In den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs wird eine Lohnsenkung von 7,5 vH in zwei Abschnitten durchgeführt. In Schweden wurde nach heftigem Widerstand der Gewerkschaften die Lohnsenkung durch staatliche Mitwirkung vor kurzem durchgeführt. Die wichtigsten Lohnsenkungen waren in Schweden: in der Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie 4 vH bei Zeit-, 6 vH bei Akkordlöhnen; in der Sägeindustrie 6 vH bei Zeit-, 9 vH bei Akkordlöhnen. In der Papierindustrie betrug die Lohnsenkung 4 vH. Die wichtigsten Lohnherabsetzungen in Holland betrafen die Textilarbeiter mit 10 vH, die Hafenarbeiter mit 7 vH, die Bergarbeiter mit 10 vH, die Metallarbeiter mit 11 vH. In Norwegen, wo die Abbauwünsche der Unternehmer zu häufigen Arbeitskämpfen führten, betrug die Lohnsenkung für die verschiedenen Produktionszweige 5 bis 9 vH. In Dänemark, wo die Unternehmer eine allgemeine Lohnsenkung um 20 vH forderten, mußten sie sich bequemen, ihre Forderungen für ein Jahr zurückzustellen. Ein Streik in den genossenschaftlichen Fleischereien endete mit einer Lohnsenkung um 3 vH.

Über die Lohnbewegungen in Italien liegen amtliche Berichte nicht vor. Es wurde nur vermerkt, daß im März der Fiat-Konzern den Lohn für 25 000 Beschäftigte um 10 vH herabsetzte. In den westlichen Kohlenbergwerken Polens wurden die Bergarbeiterlöhne um 8 vH gesenkt, auf dem Kohlengebiet von Dombrova nach einem Streik um 10 vH. Diese Lohnsenkungen waren deshalb besonders bemerkenswert, da die erwarteten Lohnsummen zur Deckung der Exportverluste des Bergbaus in eine gemeinsame Kasse abgeführt werden müssen.

Die größten Lohnsenkungen wurden aber in Deutschland durchgeführt. Bereits im Jahre 1931 erfolgte die Senkung der Tariflöhne um 4 bis 6 vH. Die Notverordnung brachte dann Januar 1932 die weitere Senkung der Tariflöhne, um 9 vH im Baugewerbe und in der Papierindustrie, 10 vH im Bergbau, in der keramischen, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie, bei Reichsbahn und Reichspost, 11,4 vH in den Brauereien, 11,6 vH in der Metall- und Maschinenindustrie, 12,3 vH für Buchdrucker, 13 vH im Braunkohlenbergbau und mehr als 14 vH in der chemischen und der Papierindustrie. Auf Grund der letzten Notverordnung von Papen sollen nun die bereits unerträglich gedrückten Löhne noch weiter gesenkt werden.

Die deutsche Ausfuhr ernstlich bedroht

Gegenwärtig reist eine deutsche Kommission von Land zu Land, um mit den fremden Regierungen über die Einführung der Kontingentierung von verschiedenen Produkten zu verhandeln. Sie wird überall mit Kopfschütteln empfangen. Vermag man es doch nicht einzusehen, daß ein großes Land sich selbst schädigt. Die Schwenkung der deutschen Handelspolitik wird im Ausland mit Boykottandrohungen beantwortet. Von Tag zu Tag mehren sich die Fälle, daß Ausländer die Geschäftsverbindungen mit ihren deutschen Lieferanten abbrechen. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird der Streik der ausländischen Käufer bald in Erscheinung treten. Von den Folgen der Kontingentierungspolitik nur ein Beispiel:

Die Bremer Bananen-Import-Gesellschaft beabsichtigt für den Fall der deutschen Kontingentierungsmaßnahmen ihren Betrieb in Bremerhaven stillzulegen und die Bananen über Rotterdam einzuführen. Im Dienst dieser Firma standen noch im vergangenen Jahr 65 große Schiffe, während 62 kleinere Schiffe den weiteren Transport von Bremen nach den skandinavischen Ländern besorgen. Das ist ein Fall von vielen.

So gehts dem belgischen Arbeiter

In Nr. 39 der MZ brachten wir eine Darstellung des großen Aufstandes im belgischen Kohlenbezirk, der die gesellschaftlichen Grundlagen des Landes zu erschüttern drohte. Im folgenden Aufsatz, der von einem in Belgien befindlichen Mitgliede des DMV stammt, wird die erwähnte Darstellung verschiedentlich vervollständigt.

Das Elend ist jetzt groß unter der ganzen belgischen Industrie- und Bergbauerschaft, zumal der Staat, dessen Finanzen in großer Unordnung sind, auch noch versucht, alle möglichen Dinge des täglichen Bedarfs zu besteuern, um nur einigermaßen Einnahmeseite und Ausgabeseite auszugleichen.

Man muß einmal das menschliche Elend im Zentrum der belgischen Hüttenindustrie, in Charleroi oder in der Umgebung von Mons, in der Borinage, dem Mittelpunkt des Bergbaus, gesehen haben, dann kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie verzweifelt die belgischen Hütten- und Bergarbeiter um ihre Existenz kämpfen müssen. Überall in Charleroi stehen zerlumpte Arbeitslose auf den ungepflasterten Straßen umher, die flankiert werden von kleinen, schmutzigen Holzbauten, Wohnungen genannt. Auf den Schlackenhalde, die die Stadt überragen, sieht man Kinder und Frauen das Brennmaterial für den kommenden Winter zusammensuchen. Den wenigen Arbeitern, die noch arbeiten dürfen, geht es nicht besser; sie verdienen einen Hungerlohn.

Die Löhne der Hütten- und Bergarbeiter sind einige Jahre nach dem Krieg festgelegt worden in Tarifverträgen, deren Sätze wesentlich vom Lebenshaltungsindex und dem Eisen- und Kohlenpreis mitbestimmt werden. Die Aufgabe einer aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzten Kommission ist es, die Löhne den Schwankungen des Index anzugleichen. Das sich die Unternehmer wenig an diese Abmachung halten, beweist der jüngste große Konflikt. Denn auch hier war die Ursache, daß die Unternehmer einfach einen Lohnabbau diktierten. Die Forderung der Arbeiterschaft nach staatlichem Schutz gegen diese Willkür der Unternehmer wurde von der Regierung mit Gleichgültigkeit übergangen. Erst nach dieser Explosion, die in wenigen Tagen den Staat in seinen Grundfesten erschütterte, zeigt sie sich Willens, ihr Augenmerk mehr als bisher auf die sozialen Probleme des Landes zu richten.

Wie hoch der allgemeine Lohnabbau in der belgischen Hütten- und Metallindustrie ist, läßt sich leider nicht genau feststellen, da die belgische Regierung keine amtlichen Lohnstatistiken führt. Fest steht aber, daß die Verminderung eine ganz beträchtliche ist. So schätzt man nach dem Bulletin de la Banque national den seit 1930 erfolgten Lohnabbau auf etwa 25 vH. Im Maschinenbau ist der Lohn um 20 vH gesunken. Hier verdiente ein Arbeiter im Jahre 1930 durchschnittlich den Tag 43 belgische Franken, heute verdient man nur noch 34,60 Fr. Der belgische Frank steht heute auf 12 Pfennig. Das sind dann also etwa 4,10 M in deutschem Geld. Im Akkordlohn wird mehr verdient, aber auch hier ist eine starke Verminderung des Lohnes zu beobachten gegenüber 1930. So verdiente damals ein Monteur in der Woche durchschnittlich 420 Fr., heute sind es nur noch 270 bis 280, also durchschnittlich 40 vH weniger. Bei der Betrachtung dieser Löhne ist zu beachten, daß es sich bei den Löhnen, die 1930 gezahlt wurden, um Mindestlöhne handelt. Denn in Belgien war es zu dieser Zeit üblich, daß man in der Metallindustrie überall noch einen

übertariflichen Lohn gezahlt hat. Diese Übertarifflöhne, die bis zu 20 vH des tatsächlichen Tariflohns betragen haben, sind mehr oder weniger beseitigt worden.

Nun ist allerdings die Nominallohnhöhe keineswegs entscheidend über den realen Wert dieses Lohnes. Da ist als erster Punkt zu beachten, daß gleichzeitig mit dem Lohnabbau, der in manchen Zweigen unter Anrechnung des Übertariflohns um 40 vH gesunken ist, eine Senkung der Lebenshaltungskosten vorgenommen wurde, die durchschnittlich 20 vH beträgt. Der Lohn ist also tatsächlich nur um 20 vH gesunken. Das hilft dem Arbeiter aber wenig, da ihm diese 20 vH bei der Bestreitung seines Unterhalts einfach fehlen. Er muß den Hungerriemen eben enger schnallen, denn obwohl viele Dinge des täglichen Bedarfs billiger sind als bei uns, kann sich der belgische Arbeiter nur wenig für seinen Stundenlohn kaufen. Die Wohnung ist relativ am teuersten. So zahlt man dort für eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, die Woche 70 bis 90 Fr. Ein Kilo gutes Fleisch kostet 15 bis 18 Fr., ein Kilo Butter 12 Fr. Schuhe kosten 130 bis 150 Fr., Anzüge, so wie man sie im belgischen Kohlenbezirk trägt, kosten 500 bis 600 Fr. Man sieht viele Arbeiter in schlechter, abgetragener Kluft, und statt der Schuhe an den Füßen mit einfachen Segeltuchschuhen, die natürlich ganz erheblich billiger sind. Die Arbeiter, die in der Lage sind, sich etwas besser zu kleiden, haben meist ein größeres Einkommen, indem die Frau mitverdient. Von den 260 bis 280 Fr. Wochenverdienst kann sich der Arbeiter nur sehr wenig leisten, zumal in den meisten Betrieben noch kurz gearbeitet wird.

So schlecht und gering der Lebensstand des belgischen Industriearbeiters auch ist, so ist doch schon vieles besser geworden seit der Zeit, wo die belgische Arbeiterschaft schutz- und wehrlos der Willkür der Unternehmerschaft der Eisenindustrie und dem Bergbau ausgeliefert war. Die Gewerkschaftsorganisationen, denen von den 1,8 Millionen beschäftigten Personen etwa 900 000 Arbeiter und Angestellte angeschlossen sind, haben schon manches Übel abstellen können. Leider haben die organisierten Arbeiter viel unter dem Lohndruck der ausländischen Arbeiter, im besonderen unter den Polen, Italienern und Nordafrikanern zu leiden, da diese jede Arbeit und diese zu jedem Preis verrichten. Es ist denn auch erklärlich, daß die Gewerkschaften die Abschiebung dieser fremdländischen Arbeiter fordern, soweit sie ohne Familie und arbeitslos geworden sind. Diese Arbeiter sind nur sehr schwer zu organisieren, obwohl die Mitgliedschaft in einer Organisation einen großen Anreiz bildet. Denn nur der Arbeitslose kann auf die staatliche Unterstützung rechnen, der mindestens ein Jahr Mitglied einer Gewerkschaft ist (Genter System). Die belgische Gewerkschaftsbewegung kennt dazu noch den sogenannten politischen Kollektivanschluß, das heißt, ist man Mitglied einer Gewerkschaft geworden, dann hat man damit gleichzeitig die Zugehörigkeit zu der politischen Partei erworben, bei der die Gewerkschaft angeschlossen ist. Auf diese Weise ist zum Beispiel die belgische sozialistische Partei sehr stark und sehr schlagkräftig.

In wenigen Tagen finden hier die Gemeindevahlen statt. Hoffentlich versteht es die belgische Arbeiterschaft unter der Führung der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei, der Bourgeoisie eine Schlappe beizubringen, um das Übel der Wirtschaftsnot mildern und beseitigen zu können. Adolf Wolf.

Die Uhrenindustrie in Rußland

(Nachdruck verboten.)

Vor dem Weltkriege gab es im Gebiet der Sowjetrepubliken keine Großbetriebe der Uhrenfabrikation. Soweit in Rußland Uhren hergestellt wurden, handelte es sich um Erzeugnisse selbständiger Uhrmacher, die nur kleine Betriebe hatten. Der weitaus größte Teil des russischen Uhrenbedarfs wurde durch Einfuhr gedeckt.

Erst im Rahmen des ersten Fünfjahrplanes konnte man daran denken, Rußland auch hinsichtlich der Uhrenerzeugung vom Auslande unabhängig zu machen. Der Oberste Volkswirtschaftsrat beschloß die Errichtung von zunächst zwei staatlichen

Uhrenfabriken in Moskau. Die erste staatliche Uhrenfabrik sollte in der Hauptsache Taschenuhren herstellen, die zweite vor allem Wecker und Wanduhren. Da den Russen natürlich daran lag, daß diese Betriebe nach den modernsten Grundsätzen ausgerüstet waren, beschloß man kurzerhand, zwei vollständig eingerichtete Uhrenfabriken aus den Vereinigten Staaten nach Moskau zu überführen. Selbstverständlich erforderte das einen erheblichen Kostenaufwand, der sich aber gelohnt hätte, wenn es gelungen wäre, nun auch eine großangelegte Produktion aufzuziehen. Das ist aber nicht der Fall. Selbst die sowjet-russische Presse bestätigt, daß in den zwei Jahren des Bestehens der ersten Uhrenfabrik es nicht gelungen ist, die Produktion so zu gestalten, daß an eine Rentabilität des angelegten Kapitals zu denken ist.

Entscheidend für den erfolgreichen Betrieb einer modernen Fabrik ist nämlich nicht die vollendete technische Ausrüstung, sondern der fachlich ausgebildete Arbeiter. Und daran fehlt es in Sowjetrußland. Von den 1600 Arbeitern, die in der Moskauer Fabrik für Taschenuhren tätig sind, ist nur ein kleiner Teil als fachlich vorgebildet anzusehen. So ist es denn kein Wunder, daß unter den fertigen Uhren etwa 30 bis 40 vH Ausschub festgestellt wird. Die Russen haben sich zwar eine große Zahl ausländischer Facharbeiter kommen lassen, aber nur wenige von ihnen haben es längere Zeit ausgehalten. Die ausländischen Facharbeiter verlangen eine bessere Bezahlung, Behandlung und Unterbringung als Sowjetrussen, so daß dadurch die Fabrikation wesentlich verteuert wird.

Infolgedessen hat man sich bemüht, einheimische Facharbeiter heranzubilden. Bereits zwei Jahre vor Eröffnung der Fabrik wurde in Moskau eine Schule errichtet, in der junge Leute, die später als Lehrlinge in der Uhrenfabrik tätig sein sollen, vorgebildet werden. Diese Schule stellt den beiden staatlichen Uhrenfabriken jährlich 250 Lehrlinge. Sie wird zur Zeit von etwa 900 Schülern besucht. Die Lehrlinge sind einer dreijährigen Ausbildung unterworfen. Der Unterricht wird abgehalten von Russen, die zum größten Teil früher selbständig waren und nun als „Spezialisten“ ihr Brot verdienen.

Die Erzeugnisse der Moskauer Uhrenfabriken sind sehr teuer. Die Produktionskosten einer gewöhnlichen vernickelten Taschenuhr sollen nach russischen Quellen etwa 55 Rubel betragen. Die Genossenschaften verkaufen solche Uhren mit etwa 80 Rubel. Was wohl erst eine Taschenuhr im freien Handel kosten mag? Die beiden Fabriken sind nicht in der Lage, den Uhrenbedarf der russischen Bevölkerung zu decken. Zwar soll die erste Uhrenfabrik planmäßig dieses Jahr 80 000 Taschenuhren herstellen, aber selbst wenn dies erfüllt werden sollte, reicht die Produktion nicht aus. Das erhellt am besten daraus, daß zum Beispiel allein die Eisenbahnverwaltung den Uhrenbedarf ihrer Bediensteten für 1933 mit 250 000 Stück angegeben hat. Russische Sachverständige geben den gesamten Bedarf in Rußland auf 4 Millionen jährlich an. Man kann also hinsichtlich der Uhrenindustrie Rußlands feststellen, daß hier noch viel zu tun übrig bleibt. Die breiten Massen können sich in Rußland Uhren nicht kaufen. Man muß natürlich abwarten, ob die Staatsindustrie fähig ist, sich dem wachsenden Bedarf anzupassen. Erwin Petzall.



